

Kreistag verabschiedet Etat – und kritisiert Landrat

Trotz heftiger Proteste aus den Kommunen hat der Kreistag mit den Stimmen von CDU und Grünen den Haushalt 2023 für den Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen. Die Kreisumlage wurde nicht gesenkt, der Stellenplan nicht gekürzt – aber mit einem Besetzungsvorbehalt versehen. Alle Fraktionen kritisierten das Vorgehen von Landrat Santelmann, besonders deutlich wird die SPD.

Gut 80 weitere Stellen enthält der Kreishaushalt – das hatte die Bürgermeister:innen im Vorfeld mächtig verärgert. Weil sie diese über die Kreisumlage mitfinanzieren. Der Umlagesatz für diesen Beitrag der kreisangehörigen Kommunen an den Landkreis bleibt zwar mit 35,5 Prozentpunkten unverändert, der tatsächlich abzuführende Betrag steigt aber auf 172,2 Millionen Euro.

Im Kreistag stimmten nur CDU und Grüne dem Haushaltsentwurf zu.

Die **SPD** weigerte sich, einen „Blanko-Scheck“ für die massive Stellenerhöhung auszustellen – und nahm Landrat Stephan Santelmann in die Pflicht. Dieser hätte in einem geordneten Verfahren dafür sorgen sollen, dass die Belastungen durch unbesetzte Stellen und Vakanzen durch Langzeiterkrankungen abgebaut werden.

SPD-Fraktionschef Gerhard Zorn wörtlich: „Sie, Herr Landrat, haben dieses Vorgehen vorgegeben oder gebilligt. Das Chaos um das Personal in der Kreisverwaltung geht auf Ihr Konto. Persönlich bleiben Sie sich treu: Nach dem Pandemie-Chaos, den Kreisen-Management-Chaos folgt jetzt das Personal-Chaos!“

Hinweis der Redaktion: Die Haushaltsreden, soweit sie vorliegen, dokumentieren wir unten im Wortlaut.

Auch die **Grünen** kritisieren, dass die 80 neuen Stellen inhaltlich nicht begründet worden sind. Mit dem Genehmigungsvorbehalt habe der Kreistag ein Instrument, im Laufe der ersten Sitzungen des nächsten Jahres die dann hoffentlich vorliegenden Begründungen für die Stellen zu prüfen.

Die **CDU** zeigt sich „sehr irritiert“, dass der Landrat die 80 zusätzlichen Stellen unter Umgehung der Fachausschüsse eingebracht hatte. Die Gesamtzahl sei aber nicht überraschend, weil die Fachämter im Vorfeld bereits auf ihren Mehrbedarf hingewiesen hatten.

Der jetzt beschlossene Kreishaushalt sieht Ausgaben in Höhe von 503 Millionen Euro bei Einnahmen von 501,5 Millionen Euro vor. Das Defizit von exakt 1.298.448 Euro wird aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Als Anlage zum Haushalt wurde dem Stellenplan mit der Maßgabe zugestimmt, dass die neuen zusätzlichen Stellen unter einem Besetzungsvorbehalt stehen. Für die Aufhebung des Besetzungsvorbehalts ist nach Beratung in den jeweiligen Fachausschüssen eine Beschlussfassung des Kreisausschusses erforderlich. Zur Vorbereitung der Beratung in den Fachausschüssen soll in einer kurzfristig einberufenen Sondersitzung des Ausschusses für Personal, Organisation, Gleichstellung und IT ein Kriterienkatalog zur Bedarfsprüfung beschlossen werden, teilt die Kreisverwaltung mit.

[Haushaltsrede_CDUPERunterladen](#)

[Haushaltsrede_B90_GRÜNEHerunterladen](#)

[Haushaltsrede_SPDHerunterladen](#)

[Haushaltsrede_Freie_WählerHerunterladen](#)

[Haushaltsrede_AfDHerunterladen](#)

Weitere Beiträge zum Thema